

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur

39. Woche für die Zeit vom 21. bis 27. September 1895.

Posen, 30. September 1895.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 221 des Kurjer Poznański
vom 26. September 1895:

Sozialer Kursus in Dortmund.

Der Vorsitzende der katholischen Arbeiter-Vereine in der Erzdiözese, Pönitentiar Stychel hier selbst, macht in einem an die hiesigen größeren polnischen Blätter gerichteten Schreiben darauf aufmerksam, daß auf Veranstaltung des „Volksvereins für das katholische Deutschland“ auch in diesem Jahre ein sozialer Kursus und zwar in Dortmund vom 7. bis 12. Oktober abgehalten werden werde. Es würden dort insbesondere Spezialvorträge über die wichtige Arbeiterfrage gehalten werden und außerdem Konferenzen der Vereinsvorsitzenden für die jüngeren Arbeiter und Arbeiterinnen stattfinden. In Rücksicht auf die Bedürfnisse der hiesigen Erzdiözese — fährt das Schreiben fort — sei es erwünscht, daß auch in diesem Jahre sich zahlreiche Teilnehmer meldeten, zumal diese Sache von der geistlichen Behörde unterstützt werde. Der Volksverein für das katholische Deutschland sei bereit, denjenigen Teilnehmern, welche nicht die nöthigen Mittel besäßen, die Reisekosten zu erstatten und freie Wohnung in Dortmund zu beschaffen.

Aus Nr. 217 des Oredownik
vom 21. September 1895:

Betrifft den Mangel an polnischen politischen Vereinen.

Im Oredownik fordert heute ein Korrespondent die Bildung polnischer politischer Vereine. Wir besitzen heute, schreibt das Blatt, keinen einzigen politischen Verein. Nach dem Jahre 1848 bestanden zwar aus einer Anregung des Grafen Cieszkowski hervorgegangene polnische Ligen; sie wurden aber auf Grund des Vereinsgesetzes aufgelöst. Seit dieser Zeit herrscht bei uns musterhafte Ruhe. Politische Vereine könnten bei uns große Verdienste erwerben, wenn wir nicht befürchten müßten, daß wir zu extrem werden; denn bei uns kennt man kein Maß. Es wird der Vorschlag gemacht, die jetzigen Industriellenvereine in politische umzuwandeln. Die Industriellenvereine sollten sich zu einem Verbande zusammenschließen. Nun gehört aber z. B. die Organisation des Handwerks und viele andere Fragen, welche in den Industriellenvereinen

und in dem zukünftigen Verbande besprochen werden würden, ins politische Gebiet. Es könne also leicht kommen, daß die Regierung auf Grund irgend einer solchen Debatte den Verband und die Vereine auflöst. Um dieses zu verhüten, verwandele man also die Industriellenvereine in politische, natürlich ohne Verband. Außerdem könnte man einen Verein „Zur Unterstützung der polnischen Industrie“ gründen. Wenn dieser Gedanke nicht Beifall finden sollte, würde es sich vielleicht verlohnen, zu überlegen, ob es nicht von Nutzen wäre, andere politische Vereine oder den früher in Westpreußen bestandenen „Verein zur Unterstützung moralischer Interessen der polnischen Bevölkerung unter preussischer Herrschaft“ oder etwas Ähnliches ins Leben zu rufen.

Aus Nr. 219 des Dziennik Poznański
vom 25. September 1895:

Betrifft den Kongreß für innere Mission.

Der Dziennik weiß zu berichten, daß die polnischen und katholischen Einwohner unserer Stadt ihr Erstaunen geäußert hätten über die Ausschmückung der Straße hinter dem Berliner Thor bis zur Rapponiere und daß ihr Erstaunen um so größer gewesen sei, als sie erfahren hätten, daß diese Dekorationen zu Ehren des heute hier beginnenden Kongresses für innere Mission angebracht worden seien. Der Dziennik fährt dann fort: „Wir wundern uns gar nicht über dieses Staunen und diese Entrüstung der polnischen und katholischen Einwohner, denn in unserer Stadt bildet die katholische Bevölkerung zwei Drittel der Gesamt-Einwohnerzahl, und für diese katholische Mehrheit hat die städtische Verwaltung bei keiner Gelegenheit solche Rücksichten gezeigt, wie jetzt für die protestantische Minderheit bei Aufnahme der Mitglieder des Kongresses für innere Mission. Im vorigen Jahre fand hier eine große Katholikenversammlung statt; die städtische Verwaltung hatte in keiner Weise zu einer solchen Ausschmückung der Stadt beigetragen, wie wir sie jetzt hinter dem Berliner Thore erblicken. Wenn das Komitee der Katholikenversammlung die Genehmigung zum Aufreißen des Pflasters behufs Ausstellung von Hunderten von Masten mit Flaggen nachgesucht haben würde, so würde es dieselbe nicht erhalten haben. Dies illustriert ganz vortrefflich den Grundsatz der Gleichberechtigung der polnisch-katholischen und der deutsch-evangelischen Bevölkerung unserer Stadt, in welcher sich ein immer lauterer Murren vernehmen läßt über die Begünstigung der protestantischen Minderheit auf Kosten der katholischen Mehrheit.“

Unsere Stadt ist nicht protestantisch, und wir müssen daher energisch dagegen protestiren, daß ihr der protestantische Charakter beigelegt wird. Wir sind überzeugt, daß unsere Stadtverordneten diese Sache in der Stadtverordnetenversammlung zur Sprache bringen werden."

Der Drendownik widmet dem Kongreß für innere Mission einen längeren Artikel, in welchem sich das Blatt u. a. wie folgt äußert: „Mit allen Kräften arbeitet die protestantische Mission an der Erweckung des protestantischen religiösen Geistes. Diese ihre Kraft darf unserer polnischen Nationalität nicht gleichgültig sein. Unsere Bevölkerung hat nicht nur mit der Germanisirung, sondern auch mit dem Protestantismus zu thun; eines wie das andere übt einen kräftigen Druck auf unsere nationalen und katholischen Merkmale aus, und daraus ergiebt sich, daß wir unseren Kindern eben so eifrig die Anhänglichkeit an den katholischen Glauben wie an die polnische Nationalität einprägen müssen. In Bezug auf den Glauben genügt es nicht, auf die Kirche und Geistlichkeit zu blicken; wir müssen in allen öffentlichen Verhältnissen unseren katholischen Charakter darthun. Heute müssen wir umsomehr daran denken, weil in der letzten Zeit sich Elemente unter uns gezeigt haben, die in dieser Richtung geradezu eine destruktive Thätigkeit entwickeln, um das polnische und katholische Volk mit der Geistlichkeit zu entzweien.“ Der Drendownik bezeichnet den Kuryer und Wielkopolanin in Posen und den Dziennik Kujawski in Znowrazlaw als diejenigen Blätter, welche dieser destruktiven Thätigkeit oblägen.

Aus Nr. 221 des Kuryer Poznański
vom 26. September 1895:

Zum Kongreß für innere Mission.

Der Kuryer verspricht seinen Lesern einen möglichst getreuen, objektiven Bericht über die Verhandlungen des Kongresses, sieht sich jedoch gleich am Eingang genöthigt, eine Bemerkung richtig zu stellen, die am ersten Tage gefallen sei. Man habe es als notorische Thatfache hingestellt, daß der Protestantismus in den polnischen Landestheilen Bedrückung und Verfolgung erfahren habe. Geschichtlich siehe fest, daß die Polen besonders hier in Großpolen eher durch allzugroße Toleranz gegenüber allerhand Sektirerei gesündigt hätten, als durch irgend welche Unduldsamkeit. Die Herren Pastoren sollten, anstatt mit fanatisirenden Gemeinplätzen herumzuwerfen, ohne Vorurtheil die Geschichte Polens und namentlich diejenige unseres Landestheils studiren, dann werde sich ihnen die religiöse Toleranz, die man einst hier geübt, in ganz anderem Lichte darstellen. Jeder einfache Mann wisse hier zu Lande, wie gerade die polnischen Großen protestantische Bethäuser gebaut, solche Gemeinden gegründet und die evangelischen Einwanderer mit Wohlthaten überschüttet hätten. Die seiner Zeit eingetretene Kontreformation könne nicht als Bedrückung bezeichnet werden; denn ohne die kräftige Unterstützung seitens des katholischen Adels, der sich der aus Deutschland Vertriebenen erbarmt habe, würde der Protestantismus in Großpolen nicht bis auf unsere Zeit gekommen sein. —

Aus Nr. 216 des Dziennik Poznański
vom 20. September 1895:

Die Maulwurfsarbeit.

Wie die Gazeta Gdanska erfährt, soll der Hauptausschuß des H. R. L.-Vereins beschlossen haben, der Verein solle bei seiner Thätigkeit weniger Aufsehen erregen, vielmehr in der Stille arbeiten, um die Polen zu verdrängen. Durch diese Maulwurfsarbeit soll angeblich die Wachsamkeit der Polen abgeschwächt werden und man wird uns eher von der Oberfläche der Erde verschwinden lassen können. Die Herren H. R. Tisten haben sich wohl überzeugt, daß die lärmende Bismarcksche Methode die Wachsamkeit der Polen geweckt hat und daß das „Ausrotten“ mit Schwierigkeiten verknüpft war. Wenn man also jetzt weniger von den H. R. Tisten hören wird, so möge man sich nicht täuschen, im Gegentheil noch mehr Wachsamkeit entfalten, um der geheimen Wühlerei zu begegnen.

Aus Nr. 219 des Wielkopolanin
vom 24. September 1895:

Ansiedelungssache.

Bevor noch die „Deutsche Warte“ eine Reihe von Artikeln begonnen hatte, welche das fast vollständige Fehlschlagen der Thätigkeit der Ansiedelungskommission nachwies und uns bei diesen Klagerufen so manche Beschimpfung ins Gesicht schleuderte, hatten wir bereits in mehreren Artikeln die Aufmerksamkeit der Allgemeinheit auf den fast vollständigen Bankerott der von der Ansiedelungskommission gegründeten Ansiedelungen gelenkt, nicht etwa, um diese Anstalt zu belehren, Gott soll schützen, denn diese Herren lesen uns nicht, sondern um unseren Volke Muth einzulößen, damit dasselbe keinen Anstand nimmt, Parzellen zu erwerben, weil ein ungeschickt geleitetes und ungeschickten Leuten anvertrautes Unternehmen nicht gelingt. Vor Kurzem theilten wir die Gründe mit, aus welchen es den deutschen Ansiedlern so schlecht geht. Doch das menschliche Gedächtniß ist kurz, es wird daher nichts schaden, wenn wir wiederum daran erinnern, bis endlich Muth und Vertrauen zu den eigenen Kräften sich finden. Weshalb also geht es den deutschen Ansiedlern nicht gut? Zunächst deshalb, weil der größere Theil der Ansiedler überzeugt war, daß er, der Aufforderung seitens der Regierung Folge leistend, derselben eine Gnade erweise. Die Regierung geht indeß von der Ansicht aus, daß dies keine Gnade ist und läßt sich in Folge dessen anständig bezahlen. Es kann auch nicht anders sein, denn wenn die Regierung den aus Gnade hier zuziehenden Ansiedlern den aufgekauften Grund und Boden schenkte, würden die 100 Millionen sich bald erschöpfen. Wer weiß aber, ob sich andere 100 Millionen zum Wegwerfen finden würden. Wenn auch zweitens der aus weiter Ferne hier zuziehende deutsche Ansiedler die Parzelle mit dem guten Vorsatz übernimmt, den Pachtzins zu zahlen, so fällt ihm dies sehr schwer, weil er mit den örtlichen Verhältnissen und Zuständen nicht vertraut ist. Das, was in Westfalen und im Rheinland gut war, erweist sich bei uns als unrichtig; in der Landwirtschaft läßt sich nicht auf einmal der Grund und Boden straflos unserem Willen unterordnen, dies kann höchstens nach mehrjähriger mühsamer Arbeit geschehen. Und hiermit trafen wir wohl in den Kern der Sache — nicht deshalb ist der deutsche Ansiedler hierher gekommen, um schwer zu arbeiten, nein, er will sofort die Früchte einheimfen, welche ihm seine Wohlthäterin, die Regierung, nach seiner Ansicht hätte

in Bereitschaft halten müssen. In kurzer Zeit folgt also den großen Erwartungen eine große Enttäuschung, demnächst Unlust, sodann heimliches Veräußern des Inventars und der Geräthe und schleunigste Rückkehr in die eigentliche deutsche Heimath, in welcher das Bier billiger und der Knaster wohlthuerender ist.

Wenn ein Kommissarius der Ansiedelung erscheint, kann derselbe kaum die Stelle finden, wo der Kartoffeltopf des Ansiedlers gestanden hat. — So ist es in vielen Fällen, wir erfahren dies nicht aus Berichten deutscher Blätter, sondern aus sichereren Quellen. Das sind die wirklichen Gründe, weshalb die deutsche Ansiedelungs-Kommission, trotz der gewaltigen Mittel, nicht so erschreckende Fortschritte macht, wie wir sie befürchteten.

Aber das Geld spielt hier keine Rolle, die Regierung hat es vollauf, an Stelle einer verbrauchten Million wird zu diesem Zweck eine zweite hergegeben. Doch wir wollen uns den Hauptzweck der Ansiedelungs-Kommission betrachten. Derselbe besteht in der Germanisirung und Protestantisirung unseres Landes durch die Ansiedler. Zu unserer Freude erfahren wir aber, daß die Ansiedler, wo sie mit den Polen zusammenkommen, mit geringer Anstrengung die Schwierigkeiten unserer polnischen Sprache überwinden, wir haben jedoch nicht gehört, daß einer unserer braven Landsleute deshalb, weil er mit den Ansiedlern in Berührung kommt oder zu denselben auf Arbeit geht, sich entnationalisiren sollte.

Polnisches Volk, glaube an dich selbst, an deine Kraft, glaube daran, daß in dir ein mächtiger Geist lebt, welcher sich nicht bethören läßt. Füge zu deinem Morgen- und Abendgebet die Worte hinzu: Herr Du mein Gott, ich danke Dir dafür, daß Du mich als Pole schufst, ich danke Dir aufrichtig dafür und ich schwöre gleichzeitig, daß ich es zu sein nicht aufhören werde. Das selbe laß von deinen Kindern wiederholen. Bevor noch dein Kind die Worte „Vater“, „Mutter“ auszusprechen lernt, möge es verstehen, „Pole“ zu sagen, dann wird uns Niemand und nichts in der Welt verdeutschen. Das Schlimmste ist, daß die Regierung mit ihren Millionen unsere aufrichtige, feine und anziehende polnische Natur nicht zu ändern vermag, an diesen unseren Tugenden wird die Ansiedelungs-Kommission sich die Zähne ausbeißen, denn die Deutschen können diesen unseren Vorzügen nicht widerstehen und hängen an uns.

Zum Schluß wollen wir kurz daran erinnern, weshalb der polnische Ansiedler die Bedingungen des Wohlergehens besitzt. Wir besitzen nämlich eine genaue Kenntniß unseres Grundes und Bodens, wir sind an die mühsame Arbeit gewöhnt, wir haben gelernt, uns nach Niemandem umzusehen, sondern uns auf uns selbst zu verlassen. Sollten wir die letzte Bedingung nicht besitzen, so lernen wir sie mit Gewalt.

Aus Nr. 220 des Kuryer Poznański
vom 25. September 1895:

Betrifft den Schuhmacherverband.

Eine Schuhmacherverversammlung, welche am Montag im Szuprytowski'schen Saale hier selbst tagte, hat den Beschluß gefaßt, einen Verband der Schuhmacher für die Provinz Posen ins Leben zu rufen. Als Zweck bezeichnen die Satzungen: „Gegenseitige Belehrung und Unterstützung.“ Den Vorstand bilden: Smidowicz, Vorsigender, Dziembowski, stellvertretender Vorsigender, Wlobarczyk, Schriftführer, Biedny, Rentant, Szymanski, Dmianowski, Latosinski und Januszkiewicz, Beisitzer. Der „Kuryer“ bezweifelt, daß der Verband Angesichts

des Mangels an Solidarität etwas Ersprießliches leisten werde. Von den Tausenden Posener Schuhmacher seien nur 52 erschienen und nur 40 dem Verbands beigetreten. Der „Drendownik“ bemerkt in seiner letzten Ausgabe Nr. 221 vom 26. d. Mts. u. A. Folgendes: Vielleicht werden die Schuhmacher durch eine derartige Organisation, wenn auch sich nicht viel helfen, so doch etwas lernen und sich überzeugen, daß ihnen noch sehr viel Bildung fehlt, um das Flickhandwerk zu beseitigen. Der Vereinsvorstand darf jedoch nur nüchterne, arbeitsame und solche Leute als Mitglieder aufnehmen, welche wissen, um was es sich handelt. Wenn man jedoch in den Verein einen jeden Schuhmacher aufnehmen wird, so wird man sich wieder lächerlich machen, nichts weiter. Die Schuhmacher werden nichts ausrichten, wenn nicht der bessere, nüchterne Theil derselben sich von demjenigen trennt, welcher für den Verein nur den Hemmschuh bilden kann; erst dann kann von vernünftigen Berathungen die Rede sein.

Aus Nr. 219 des Goniec Wielkopolski
vom 24. Septembar 1895:

Prozeß gegen den verantwortlichen Redakteur des Goniec Wielkopolski.

Unser ehemaliger verantwortlicher Redakteur und jetziger Mitarbeiter Herr Stephan Szyperski stand vor einigen Tagen wiederum vor den Schranken des Gnesener Landgerichts eines Artikels wegen, in welchem die Staatsanwaltschaft und das Provinzial-Schulkollegium eine Beleidigung des Lehrers Dr. Wiedt in Gnesen fanden. Wir veröffentlichten einen Bericht, in welchem der Verfasser desselben dagegen auftrat, daß der den deutschen Sprachunterricht ertheilende Gymnasiallehrer Mitglied des H. R. L.-Vereins geworden ist. Die Sache wurde vor dem Posener Gericht verhandelt, welches Herrn Szyperski freisprach, indem es demselben das Recht (§ 193) der Vertheidigung der nationalgesellschaftlichen Sachen einräumte. Indeß was geschah? Die Sache wurde nach Leipzig geschickt, von wo sie nach Gnesen abgegeben wurde. Der Staatsanwalt in Gnesen blieb durchaus bei seiner Ansicht, nämlich daß der Artikel ausgesprochen habe, p. Wiedt sei gegen die polnischen Schüler ungerecht gewesen, — der Vertheidiger bewies aber, daß der Artikel in einem entschieden gemäßigten Ton geschrieben worden sei und daß derselbe keine Veranlassung zur Klage hätte geben müssen. Trotz der ausgezeichneten Vertheidigung verurtheilte das Gnesener Gericht nach einer fürchterlich langen, nämlich dreiviertel Stunden dauernden Konferenz den p. Szyperski zu 50 Mark Strafe.

Dieses ist der letzte Prozeß, welcher auf unserem ausdauernden und verdienten Mitarbeiter Stephan Szyperski gelastet hatte, welcher während seiner 15jährigen Mitarbeiterchaft mit wahrer Aufopferung seiner Gesundheit und Freiheit einige politische Prozesse überstand. Herr Stephan Szyperski trennt sich nicht von uns, aber sein vorgerücktes Alter und die ewige Besorgniß vor den Behörden, welche die Redakteure der polnischen Blätter nicht ruhig schlafen läßt, haben die nothwendige Aenderung veranlaßt, welche übrigens auf die innere Organisation unserer Redaktion ohne Einfluß bleiben wird.

Ueber unsere politischen Prozesse werden wir gelegentlich ausführlicher berichten, damit die Leser wissen, wie schwierig die Stellung der polnischen Blätter unter preussischem Antheil ist und welche Aufopferung und welches Pflichtgefühl erforderlich ist,

um ein Blatt unverändert in nationaler Richtung zu leiten.

Aus Nr. 219 des Goniec Wielkopolski
vom 24. September 1895:

Verbreitung polnischer Zeitschriften.

Aus der Gegend von Lutynia.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß das sicherste Mittel zur Weckung des Nationalgefühls in den breiteren Schichten unserer Bevölkerung die Verbreitung guter polnischer Zeitschriften ist. Dieses Mittel müssen wir auch auf die erste Stelle des patriotischen Programms stellen und es auch nicht für einen Augenblick aus dem Auge lassen. Wenn es uns gelingen sollte, ein polnisches Blatt dauernd in jeder polnischen Hütte einzuführen, so daß die polnische Presse einen wohlthuernden Einfluß auf die ganze Nation ausüben könnte, dann könnten wir ruhiger in die Zukunft blicken, und der Kampf würde für uns leichter sein. Doch welcher Bruchtheil der polnischen Bevölkerung in Preußen richtet sich nach den Lehren und Aufforderungen der polnischen Presse? Nur ein sehr geringer, denn nur Wenige lesen die Blätter, und ich betrachte es als eine brennende Frage, in welcher Weise unser gewöhnliches Volk über den polenfreierischen G. R. L.-Verein, über dessen schädliche Thätigkeit und über die hieraus sich ergebende Pflicht, nur bei Landsleuten zu kaufen, belehrt werden könnte. Dies würde in erster Linie im Interesse unserer Kaufleute und Industriellen selbst liegen, und sie irren sicherlich nicht, wenn sie sagen, sie würden weder Mühe noch Kosten scheuen, wenn der Gedanke: nur die Seinigen zu unterstützen, das ganze Volk durchbringen wollte. Welche Dienste würde nicht die in allen polnischen Hütten verbreitete polnische Zeitung während der Wahlen leisten! Das Volk würde aus seinem Starrkrampf erwachen, und keine Macht würde im Stande sein, unsere Lebensfähigkeit zu bedrohen.

Es fragt sich nun, wie ein Vorschlag von dieser Tragweite ins Leben zu rufen sei? Wir wollen annähernd eine Berechnung aufstellen. Meiner Ansicht nach giebt es in Deutschland solcher Polen, die kein polnisches Blatt lesen, etwa zwei Millionen oder auf 300 000 Familien 6 bis 7 Personen. In diese Familien müßte mindestens ein- oder zweimal im Monat ein polnisches Blättchen seinen Einzug halten. Möge dasselbe jährlich, ohne Uebersendung, 50 Pf. kosten. Durch eine genaue Organisation und energische Leitung des Verandes könnte es dahin gebracht werden, daß je 5 bis 6 Familien ein und dasselbe Blatt läsen. Es würde daher auf eine Familie eine jährliche Ausgabe von 10 Pf. und auf 300 000 Familien eine solche von 30 000 Mark entfallen.

Polen! Für die Tschechen wäre das eine Kleinigkeit. Sie würden uns zeigen, wie man sich für einen solchen erhabenen Zweck freiwillig selbst einschägt. Ich zweifle nicht daran, daß auch wir uns zu dieser Höhe emporheben werden. Das polnische Volk wird allmählich an dem Lesen polnischer Blätter Gefallen finden und selbst das Bestellgeld entrichten; dann wird man an eine Vergrößerung des Blattes denken können.

Sollten unsere Kräfte zur Zeit zu schwach sein, um die ganzen ehemals polnischen Landestheile zu umfassen, so müssen wir wenigstens dafür sorgen, daß jede polnische Hütte in den Grenzkreisen, sowie dort,

wo die „ehrenwerthe“ G. R. L.-Genossenschaft ihr Wesen treibt, entsprechend belehrt werde.

Im Interesse der Sache wäre zu wünschen, daß möglichst viele Stimmen sich in der Angelegenheit hören ließen.

Aus Nr. 218 des Dziennik Poznański
vom 22 September 1895:

Betrifft den Kosciuszko-Fonds.

Das Komitee des Kosciuszko-Fonds wendet sich an seine über 300 Mitglieder mit der Bitte, dieselben möchten ihr Möglichstes thun, um diesen Fonds zu vergrößern. Bis jetzt seien 9090 Mark gesammelt worden. Dieser Betrag reiche jedoch zu dem Zwecke, dem er dienen solle, nämlich der Unterstützung der lernenden Jugend, nicht aus. Die Komiteemitglieder sollten namentlich jetzt, wo die Zeit der Wintervergütungen, Liebhabertheater u. s. w. heranrückt, jede Gelegenheit, ob in Vereinen, ob in Privatgesellschaften, ausnutzen, um den Fonds zu vergrößern, der wenigstens theilweise zur Verwirklichung der Kosciuszko'schen Losung: „Die Volksbildung wird Wunder thun“ beitragen solle.

Aus Nr. 218 des Dziennik Poznański
vom 22. September 1895:

Betrifft die Aufsicht über den katholischen Religionsunterricht.

Posen, den 20. September 1895.

Seit der Zeit des Kulturkampfes — so schreibt dem Dziennik Pozn. sein hiesiger Berichterstatter, — namentlich aber seitdem die Schulinspektion weltlichen, meist evangelischen Beamten übertragen wurde, sei in den Schulen die Bedeutung des katholischen Religionsunterrichts und der katholischen Erziehung eine geringere geworden. Dies lasse sich namentlich in den hiesigen Simultanschulen beobachten. Seit einiger Zeit seien zwar die Geistlichen mit der Aufsicht über den Religionsunterricht betraut worden, aber ihre Thätigkeit sei durch eine Regierungsverfügung beschränkt, welche mehr das Staatsinteresse und die allgemeine Schulbildung bei uns im Auge behalte, als das Interesse der Kirche und der Familie. Die Eltern klagten auch, daß die Lehrer zu wenig Gewicht darauf legen, um die Kinder den Text und die Melodie kirchlicher Gesänge zu lehren, sie eiferten die Kinder nicht zum Besuche des Gottesdienstes an, fragten niemals nach dem Inhalt der Predigt und kontrolirten nicht, ob die Kinder, welche zum ersten Male zur Beichte und Kommunion gehen sollen, den Konfirmandenunterricht regelmäßig besuchen. Die polnischen Religionsabtheilungen seien meistens überfüllt, so daß viele Abtheilungen den Religionsunterricht nicht in der ersten Morgenstunde, sondern wegen Mangel an katholischen Lehrern in der letzten Vormittagsstunde empfangen. Auch müsse erwähnt werden, daß schlechte Prädikate in der Religion die Verlesung nicht beeinflussen und namentlich, daß viele Kinder, die im polnischen Lesen keine große Uebung besitzen, die Handbücher zum Religionsunterricht nicht benutzen können. Man könne sich also nicht wundern, wenn die geistlichen Religionsinspektoren mit den Resultaten gar nicht zufrieden seien. Namentlich in einer der hiesigen Simultanschulen habe der revidirende Geistliche recht traurige Erfahrungen ge-

seiner Ansicht nach, in dem Schulvorstande auch andere Dorfgemeinden, welche ihre Kinder in die hiesige Schule schicken, vertreten sein müßten. Es folgte daher eine zweite Wahl. Diesmal wurden die beiden Sierpowski's wieder- und überdies der Wirth Rutla-Seeheim (Jeziory) neugewählt. Doch auch diese Wahl erhielt nicht die Bestätigung. Gründe wurden nicht angegeben, obwohl sie wohl Jeder kennt. Auf den Vorschlag von gewisser Seite, welche nicht wahlberechtigt ist, wurden, ohne Einverständnis mit der Gemeinde, der Schankwirth Wybieralski und Kantorski ernannt, welche mit dem Beamten in gutem Einvernehmen leben.

Mit dieser Wendung in der Sache ist die Gemeinde nicht zufrieden.

Aus Nr. 216 des Dziennik Poznański
vom 20. September 1895:

Aus der Inowrazlawer Schule.

Unsere Schulkinder sind — wie der Dziennik Rujawski berichtet — vor Kurzem von dem traurigen Schicksal ereilt worden, daß in der an der Nikolai-Straße belegenen Schule der Rest des polnischen Sprachunterrichts, welcher dort noch bestanden hat, beseitigt wurde. Dies fand zu Ostern d. Js. statt. Die Schule wurde der Hauptsimultanschule zugetheilt, und die polnischen Stunden verschwanden. Es ist unbegreiflich, auf Grund welcher Unterlage und weshalb diese traurige Aenderung eingetreten ist.

Seit einiger Zeit wird auch der Religionsunterricht stiefmütterlich behandelt. Von Michaelis d. J. ab läßt sich die Lehrerin Maronska pensioniren. Dieselbe ertheilte bis jetzt in den unteren Klassen den Katechismus und die biblische Geschichte in polnischer Sprache. Seit den Sommerferien wird der Unterricht nicht mehr ertheilt. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, zu ermitteln, wem die Vertretung übertragen worden ist, das müssen wir jedoch sagen, daß, wenn die Kinder seit der Ernte bis jetzt ohne Religionsunterricht bleiben und sich Niemand um diesen Gegenstand kümmert, solche Zustände den Eltern nicht gleichgültig sein können. Diese Angelegenheit berührt Alle sehr schmerzlich. Wie kann angesichts solcher Umstände von der Erhaltung der Religion bei dem Volke die Rede sein?

Nebenbei bemerken wir, daß nach dem Tode des Propstes Kompf die Aufsicht über den Religionsunterricht noch Niemandem übertragen worden ist.

Aus Westpreußen.

Aus Nr. 111 der Gazeta Grudziadzka
vom 19. September 1895:

Die Stuhmer Angelegenheit.

Die Stuhmer Angelegenheit, welche vor Kurzem alle Gemüther bewegte, welche sogar bei Leuten, die bis jetzt allen Mächenschaften der geistigen Germanisatoren gleichgültig zusahen, große Erbitterung hervorrief, die mit einem Wort unsere ganze Gesellschaft erschütterte, dieselbe mit Schauder und Widerwillen gegen Diejenigen erfüllte, welche ihre geistige Macht zum Nachtheil unserer polnischen Nationalität miß-

brauchen und dadurch in ihrer Verblendung auch den Interessen unserer heiligen Kirche schaden, ist anscheinend in Vergessenheit gerathen. Die Sache sollte dem heil. Vater vorgelegt werden, einige Blätter meldeten auch seiner Zeit, daß sich Jemand mit dem Sammeln des Stoffes für die so äußerst traurige Angelegenheit befaßte, doch ist bis jetzt ein Erfolg nicht wahrzunehmen. Indes aber verbüßen die Aermsten, welche als Opfer der schrecklichen, in der Stuhmer Parochie herrschenden Zustände fielen, die schwere Gefängnißstrafe, zu welcher sie verurtheilt worden sind — und man hat sie vergessen. Man hört auch nichts von einer Revision, welche einer von ihnen beantragt hätte, mit einem Worte, die Stuhmer Angelegenheit ist von der Tagesordnung vollständig verschwunden.

Bei uns Polen ist eine derartige Wendung der Dinge nichts Ungewöhnliches, wir gehen wie die Löwen ans Werk, und gehen unter wie die Fliegen, unser Eifer, unsere Entrüstung ist gewöhnlich nur Strohfeder, dessen Flammen hoch schlagen, um schnell zu verlöschen. Die Stuhmer Angelegenheit ist jedoch zu wichtig, um sie in dieser Weise zu vernachlässigen. Wenn wir nämlich hier keinen entschiedenen Schritt thun, wenn wir nicht den Germanisatoren durch ein entschiedenes Auftreten, durch eine an die Stufen des Thrones des Vaters der ganzen christlichen Welt gerichtete Klage die Möglichkeit der Wiederholung ähnlicher Vorkommnisse nehmen, so werden nicht sie, sondern wir selbst für ihre Ausschreitungen verantwortlich gemacht werden. Die Verantwortlichkeit ist jedoch zu groß, deshalb wollen wir die ganze Last auch nicht tragen. Die Redaktion unseres Blattes hat die Absicht, sich Beschwerde führend nach Rom zu wenden und beginnt mit dem heutigen Tage, alles auf die Stuhmer Angelegenheit Bezug habende Material zu sammeln. Wir wenden uns daher an die Redaktionen aller Blätter mit der Bitte, uns zwecks Erleichterung unserer Aufgabe alle Nummern ihrer Blätter, in welchen sich auf die Angelegenheit Bezug habende Artikel befinden, einzusenden, wir werden dann unsererseits das Uebrige thun. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß alle Redaktionen unserer Bitte willfahren werden, denn die Sache muß einen Schritt vorwärts gebracht werden.

Aus Nr. 220 der Gazeta Toruńska
vom 22. September 1895:

Mißhandlung polnischer Arbeiter seitens der Ansiedelungsbeamten.

Löbau.

Wie die Herren Germanisatoren mit unserem gewöhnlichen Volke umgehen, geht aus der Verhandlung hervor, welche am vergangenen Sonnabend vor der hiesigen Strafkammer stattfand. Der Ansiedelungsbeamte Herr Schepke in Kerberau bei Löbau schlug die beiden Söhne des Arbeiters Kozłowski von dort dafür, weil der jüngere „Grinassen“ schnitt und den älteren, weil er für die ihm anvertrauten Pferde Kartoffeln nahm. Als der Vater die Partei seiner Söhne ergriff, erhielt er erst Stockprügel und wurde demnächst aus der Stube hinausgeworfen. Dies Alles genügte noch nicht, denn er wurde im Hausflur von dem gnädigen Herrn Schepke noch mit einem Messer verletzt. Für diese so gnädige Behandlung der Leute wurde p. S. für die beiden Knaben zu 15 Mark und für den Vater zu 300 Mark und zu den Kosten des Verfahrens verurtheilt.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 221 des Dziennik Poznański
vom 26. September 1895:

Betrifft die Wahl im Wahlkreise Rybnik-Pleß.

Zu der Verzichtleistung des Pfarrers Wolczyński auf die Abgeordneten-Kandidatur bemerkt der Dziennik Poznański Folgendes: „Wer mit den Verhältnissen in Schlesien vertraut ist, wird sich über diesen Schritt des p. Wolczyński nicht wundern; hat das polnische Volk doch schon oft von einer Seite her Enttäuschung erfahren, von welcher es diese am wenigsten erwartet hat. Wir wundern uns nur darüber, daß die ober-schlesische Geistlichkeit noch immer nicht zu der Ueberzeugung gelangt ist, daß sich die mit elementarer Gewalt hervorgebrochene Volksbewegung durch keine politischen Kniffe aufhalten lassen wird. Trübe Erfahrungen hat z. B. Pfarrer Engel gemacht und noch immer wenden die Priester ihren Einfluß nicht zu Gunsten der gerechten Forderungen des Volkes, sondern derjenigen Zentrumsrichtung an, welche von Zugeständnissen nichts wissen will. Dies ist traurig und weckt Mißtrauen gegen die Geistlichkeit. Bis jetzt hat das polnische Volk immer noch trotz aller Widerwärtigkeiten die Achtung gegen das geistliche Gewand gewahrt; es ist jedoch die höchste Zeit, daß die ober-schlesische Geistlichkeit sorgfältig prüfe, wohin dieser Zwiespalt der Geister führen könne. Unverständlich ist es, warum die Geistlichkeit so sehr für die unpassende Kandidatur Huene eintritt und ihren gesamten Einfluß zu Gunsten derselben aufbietet. Der Rücktritt des p. Wolczyński wird an der Sache nichts ändern und die Polen davon nicht zurückhalten, daß sie ihren eigenen Kandidaten aufstellen. Siegt dieser Kandidat, wie s. Zt. Major Szmula und Strzoda gegen den Willen der Geistlichkeit, wie wird es dann um den Einfluß der letzteren bestellt sein?“

Der Goniec Wielkopolski bemerkt in seiner Nummer 222 vom 27. d. Mts: „Wir geben der Hoffnung Raum, die Wähler im Wahlkreise Pleß-Rybnik werden sich sofort nach einem anderen Kandidaten umsehen und weit davon entfernt sein, zu Gunsten des p. Huene zu resigniren.“

Herr v. Huene ist, wir wiederholen es nochmals, ein Deutscher, ist des Polnischen nicht mächtig, war einer von denjenigen Zentrumsabgeordneten, welche Bismarck ihre Glückwünsche darbringen wollten, er wird in Berlin wohnen, denn er ist vor Kurzem zum Präsidenten der Reichsbank ernannt worden. Ein solcher Kandidat kann und darf nicht Vertreter und Vertheidiger der Rechte des polnischen Volkes sein. Ein ganzer Monat trennt uns noch von den Wahlen — wir erwarten von den polnischen Blättern in Schlesien, daß sie schleunigst einen neuen polnischen Kandidaten aufstellen werden. Sollte sich z. Zt. ein entsprechender Schlesiener nicht finden (woran wir jedoch zweifeln), so giebt es in der Provinz Posen genug patriotisch gesinnte Bürger, welche für das Wohl der polnischen Bevölkerung in Schlesien weder Arbeit und Zeit noch Mühe und Kosten scheuen werden.“

Aus Nr. 76 der Gazeta Opolska
vom 20. September 1895:

Wahlangelegenheiten.

Aus dem Kreise Oppeln.

„Wir haben einen groben Fehler dadurch begangen, daß wir solchen Wahlmännern unsere Stimmen gaben, welche einen Volks- und nicht einen Regierungsabgeordneten wählten,“ — so sagte mir ein Lehrer — „weil wir 1) schon zu dem Bau des Schulhauses von der Regierung 600 Mark erhalten hätten und 2) uns bei den Wiesenbewässerungen Erleichterungen zu Theil geworden wären. Nun können wir,“ — führte er weiter aus, — „lange den Distrikts-Kommisär bitten, bevor er bei der Königlichen Regierung eine Beihilfe erbittet, was unter einem Regierungsabgeordneten schon längst im Gange wäre.“ Meiner Ansicht nach handelt es sich hier um keine Gnade, denn dies geschieht für unser eigenes Geld. Wenn wir von einem Abgeordneten des Volkes etwas Gutes nicht zu erwarten haben, was können wir da von einem Regierungsabgeordneten erhoffen! Ich bringe das zur öffentlichen Kenntniß und bin neugierig, was die geehrten Leser dazu sagen werden. —

(Wo Schulen nöthig sind, dort denkt die Regierung selbst daran, daß sie gebaut werden, denn das liegt in ihrem Interesse. Die betreffende Gemeinde, nicht aber der Abgeordnete ist verpflichtet, in dieser Beziehung das Ihrige zu thun. Was die Wiesenbewässerung anbetrifft, so muß eine Eingabe gemacht und dieselbe der Regierung überreicht werden. Euren Zweck werdet Ihr selbst erreichen, ohne damit die Abgeordneten zu belästigen, denn solche besondere Einzelfälle gehören nicht zu ihren Aufgaben. Im Falle abschlägiger Antwort bezw. ungünstiger Aufnahme der Sache seitens der Regierung in Oppeln steht der Weg an das Ministerium in Berlin offen. Und wenn auch jener Lehrer Recht hätte (welches er nachgewiesenermaßen nicht hat), so wären doch seine Ausführungen nicht des Lobes werth, denn ein ehrlicher Mensch verkauft für 600 Mark oder für noch größere Beträge sein Gewissen nicht. — (Die Redaktion.)

Aus Nr. 113 der Nowiny Raciborskie
vom 19. September 1895:

Betrifft den Redakteur der Nowiny, Joh. Eckert.

Der verantwortliche Redakteur der Nowiny Raciborskie, Johann Eckert, welcher nach Verbüßung einer zehnwöchentlichen Gefängnißstrafe sich wieder auf freiem Fuße befindet, dankt allen seinen treuen Lesern und Freunden dafür, daß sie ihn während dieser schweren Zeit nicht vergessen haben; insbesondere aber richtet er Worte des Dankes an den ober-schlesischen polnischen Verein in Ratibor für den Willkommensgruß und für die Ueberraschung, die ihm bei seiner Entlassung zu Theil wurde. Zum Schluß sagt derselbe:

„Indem ich die Redaktion wieder übernehme, gebe ich meinen verehrten Lesern die Versicherung, daß ich trotz der erlittenen Schicksalsschläge nach wie vor den Grundsätzen treu bleiben werde, in

deren Namen die Nowiny Raciborskie stets die Sache des polnischen Volkes und dessen heilige Rechte vertheidigten.

Mit dem polnischen Volke Alles, ohne das-
selbe nichts!"

Sozialdemokratisches.

Aus Nr. 38 der Gazeta Robotnicza
vom 21. September 1895:

Ein neuer Gehilfe Bismarck's in Polen.

Die in Beuthen erscheinende Praca erweist den deutschen Kapitalisten gute Dienste. Die Werners und Schults und wie sonst noch das deutsche kapitalistische Lumpengesindel heißen mag, welches die Arbeiterbevölkerung in Oberschlesien ausaugt, müßten den Redakteur der Praca Herrn Napieralski umarmen und ausrufen: „Herr Napieralski, obwohl du ein Saupolak bist, so bist du doch eine brave Seele, du hältst es mit uns, du bewirkt es mit Hilfe der Praca und des Katolik, daß sämtliche Laura- und Bismarckshütten gute Einnahmen bringen, du bewirkt es, daß der polnische Arbeiter in Schlesien elend wie ein Hund lebt, während wir Deutsche die Tasche voll Geld und feiste Bäume haben und im polnischen Lande uns breit machen können, wie die Schweine in einem fremden Garten“.

Daß die deutschen Kapitalisten die Redaktionen des Katolik und der Praca bis jetzt noch nicht haben vergolden und nach Friedrichsruh bringen lassen, um dieselben ihrem Vater, dem deutschen Bismarck, als die besten Beschützer der deutschen Uebermacht in Oberschlesien vorzustellen, ist vielleicht nur deshalb noch nicht geschehen, weil der deutsche Kapitalist, welcher nur deutsch plappert, das polnische Geschreibsel im Katolik nicht versteht. Mögen jedoch die Redakteure der Praca sich trösten, aufgeschoben ist nicht aufgehoben, und Herr Napieralski wird vielleicht noch mit dem Bismarck zusammen hängen — als Porträt auf einem Nagel an der Wand in den kapitalistischen Börzen-Vereinen.

Aus den Blättern des Auslandes.

Aus Nr. 36 des Kraj
vom 7. (19.) September 1895:

Kaiser von Oesterreich in Stettin.

Die Ankunft Kaisers Franz Joseph zu den Stettiner Manövern ging vorüber, ohne einen größeren Eindruck hervorgerufen zu haben. Von vielen Blättern werden nicht einmal die gewöhnlichen Begrüßungsartikel gebracht, andere wiederum betrachten die Monarchenbegegnung als ein neues Unterpfand der gegenseitigen herzlichen Beziehungen und der Macht des Dreibundes. Es mangelt aber auch nicht an Stimmen, welche gerade gegentheiliger Ansicht sind. Namentlich heben sie die Thatsache hervor, daß, während der Begegnung gekrönter Häupter in der Regel die Minister der auswärtigen Angelegenheiten bewohnten, Graf v. Goluchowski sich in Wien aufhalte, woselbst er einen Streifzug gegen Serbien unternahm, und Fürst Hohenlohe, nach achttägigem Aufenthalte in ländlicher Zurückgezogenheit, sich mit dem Botschafter Radolinski nach Petersburg begab.

Mit dieser Thatsache wird die zweite in Verbindung gebracht, nämlich daß der österreichisch-ungarische und der deutsche Reichskanzler zusammen in Sischl eine so kurze Zeit nur konferirten, daß dies zu der Vermuthung führen könne, das Verhältniß zwischen den Beiden sei ein thatsächlich kaltes. Allerdings seien nicht persönliche, sondern grundsätzliche und politische Dinge Schuld daran. Die Orient- bezw. die Bulgarische Frage soll hier die Ursache der Abkühlung bilden. In der deutschen Politik herrscht — soweit nach den amtlichen Blättern geurtheilt werden kann — bisher die einst von Bismarck mit so vielem Nachdruck vertretene Ansicht, daß die ganze Orientfrage für Deutschland nicht die Knochen eines einzigen pommerischen Grenadiers werth sei, daß dieselbe Deutschland überhaupt nichts angehe. Oesterreich dagegen interessire dieselbe recht lebhaft. Daher die Erbitterung, von welcher die österreichische und insbesondere die Budapester Presse anlässlich der letzten Vorkommnisse in Bulgarien Angesichts der Gleichgültigkeit, welche das verbündete Deutschland beobachtet, durchdrungen war. Dies alles lasse vermuthen, daß die Balkanhalbinsel im Frühjahr den Schauplatz ernster Zusammenstöße bilden werde.

Aus Nr. 36 des Kraj
vom 7. (19.) September 1895:

Stimmen nach den Sedanfesten. — Folgen der Kaiserrede. — Der Pfarrer Woda.

Das Ergebniß der Untersuchung in der Sache betreffend die Straßenumulte während der Sedanfeierlichkeiten in Posen ist noch nicht veröffentlicht worden, es kann auch sein, daß die Behörden die ganze Sache vertuschen werden, wenn sie sich überzeugt haben werden, daß die Straßenausbreitungen nicht in der polnischen, sondern in der sozialistischen Agitation ihren Ursprung hatten. Die Zeitungen sind noch überfüllt mit Nachrichten über die einzelnen Festveranstaltungen, an welchen sich die Polen hier und da in den kleinen Städten betheiligt haben. Dies ist die Folge des Terrorismus seitens der deutschen Chauvinisten, welche die Handwerker und die Kaufleute mit dem Boykott ängstigten.

Die polnischen Sozialisten in Posen empfinden bereits die Folgen der schneidigen Kaiserrede. Sie versammelten sich ziemlich oft in einer bestimmten Gastwirthschaft, als auf einmal die Versammlungen unter dem Vorwande untersagt wurden, daß die Räumlichkeiten in gesundheitlicher Beziehung ungeeignet und die polizeiliche Aufsicht in denselben unmöglich sei. Im Uebrigen hört man, daß die drohende „kaiserliche Aktion“ vorläufig mit der Verschärfung des Gesetzes betreffend die öffentlichen Versammlungen und Vereine mit Hilfe des preussischen Landtages enden wird, in welchem die Ministerialentwürfe viel leichteres Gehör als im Reichstage finden werden. Die Aenderung wird natürlich auch auf unsere Versammlungen und Vereine meist ungünstig einwirken. In einer Beziehung jedoch kann wirklich eine Besserung erwartet werden. Bekanntlich wird in den letzten paar Jahren das Bürgerthum auf allen politischen Versammlungen von einer Menge zusammengetriebener Jünglinge terrorisirt. Aehnlich muß es auch in den deutschen politischen Versammlungen zugehen, denn sie verkünden, daß nach dem neuen Gesetz nur wirklichen Wählern gestattet sein werde, zu erscheinen. In welcher Weise die Behörden die Kontrolle ausüben werden, ist zur Zeit nicht bekannt und die Sache ist nicht leicht.

Auch bei uns wird die letzte Kaiserrede verschieden gedeutet. Der Appell an die Garden wird so gedeutet, daß gegebenenfalls der Belagerungszustand erklärt werden könnte, dem das Militärregiment folgen würde. Die drolligste Rolle der Kaiserrede gegenüber spielt die hiesige und die auswärtige deutsche liberale Presse. Dieselbe erachtet die Kaiserliche Entrüstung für gerechtfertigt, sie würde sogar wünschen, der Kaiser möchte in dieser Weise auch die Polen verdammen, er möchte aber bei Leibe nicht irgend welche „Freiheitsbeschränkungen“ in die Wege leiten. Jedes gegen die Polen gerichtete Ausnahmegesetz wird jene Presse mit Enthusiasmus begrüßen, antisozialistische Gesetze erachtet sie jedoch als eine Freiheitseinschränkung. Als die

Anarchisten den Propst von Poninski ermordet hatten, wurde dieser Thatsache jegliche politische Bedeutung abgesprochen, jetzt aber, als man den Pfarrer Woda vergiftete, ist dies wiederum, nach Ansicht jener Blätter, keine symptomatische Erscheinung der „Volksbewegung“. Dieser Geistliche zählte zur Zeit des Kulturkampfes zu den sogenannten „Staatspfarrern“, er söhnte sich demnächst mit der Kirche aus und war kein Freund des polnischen Chauvinismus. Von seinen Parochianen in Friedheim pflegte er zu sagen, daß es unter ihnen Leute gäbe, die zu Allem fähig seien. Dies hat sich bestätigt, denn in der Ampel zum Meßwasser fand man einen Saß von Arsenik.

Handwritten text in German, likely a letter or document. The text is written in a cursive script and is somewhat faded. It appears to be a formal or semi-formal communication.

Handwritten text in German, likely a letter or document. The text is written in a cursive script and is somewhat faded. It appears to be a formal or semi-formal communication.